

PB.I-01-026 Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Antragsteller*in: Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 25 bis 28:

und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. ~~Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.~~ Wir setzen uns für ein soziales Europa ein. Dafür beenden wir die maßgeblich von der BRD sowohl innerhalb der EU als auch international durchgesetzte Austeritätspolitik und bauen die deutsche Wirtschaft so um, dass sie nicht auf Exportüberschüsse zielt, die in anderen Ländern durch das Niederkonkurrieren heimischer Produktion ökonomische und politische Krisen verursachen.

Begründung

Die deutsche Lohndrückerei und Subventionspolitik (Aktionärsfinanzierung auf Staatskosten) führt dazu, dass andere Länder in der internationalen Standortkonkurrenz nicht mehr mithalten können und ehemals im Land produzierte Produkte künftig importieren müssen. Dies führt zu hoher Arbeitslosigkeit und verunmöglicht die produktive Entfaltung ganzer Gesellschaften. Die so entstehenden Schulden beispielsweise der südeuropäischen Mitgliedstaaten wurden von der Troika benutzt, um unter reger Beteiligung des damaligen deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble massiv einschränkende Austeritätsprogramme gegen den Willen der Bevölkerung zu oktroyieren. EZB und Europa-Kommission erklärten die Banken und andere Finanzmarktakteure als systemrelevant, um sie mit hohen Milliardenbeträgen zu retten. Öffentliche Ausgaben für soziale Belange, so hieß es, würden das Wachstum hemmen. Deshalb wurden entsprechend neoliberaler Konzepte die Gesundheitssysteme umgebaut und öffentliche Budgets gekürzt. Die aktuelle Gesundheitskrise ist die zynische Konsequenz: Das Kaputtsparen des Gesundheitssystems ist tödlich. Wir wirken stattdessen für eine kooperative internationale Wirtschaftsweise.

weitere Antragsteller*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Andreas Müller (KV Essen); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Rudi Seibt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Maria Regina Feckl (KV Erding); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Clara Löw (KV Freiburg); Michael Hoffmeier (KV Eichsfeld); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Walther Moser (Freiburg KV); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Frank Dürsch (KV München); Dennis Pirdzuns (KV

Wuppertal); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land)